

Schwerpunkt Analyse der KVG-Abstimmung

Für oder gegen die KVG-Vorlage? Im Zweifel Orientierung an Partei

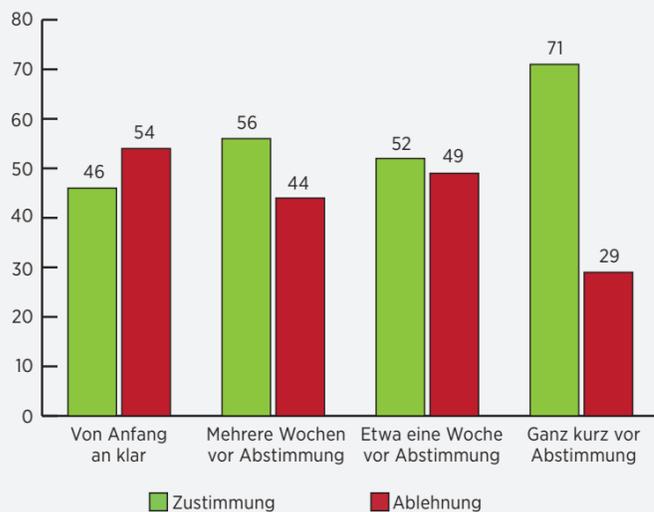
Abstimmung Wie eine Wahlanalyse des Liechtenstein-Instituts zur KVG-Abstimmung zeigt, folgten die meisten Stimmbürger den Empfehlungen ihrer bevorzugten Partei.

VON DANIELA FRITZ

Die Abstimmung zum neuen Krankenversicherungsgesetz (KVG) am 13. Dezember ist mit 53,2 Prozent relativ knapp für die Vorlage ausgefallen. Das Liechtenstein-Institut hatte daraufhin eine repräsentative Umfrage unter 501 Stimmbürgern in Auftrag gegeben, um die Ergebnisse näher zu beleuchten. Es zeigt sich, dass sowohl die Gegner als auch die Befürworter der Vorlage mit ihren Argumenten in der Kampagne zu den Wählern vorgedrungen sind. So hielten über die Hälfte der Ablehnenden die Vorlage für unsolidarisch, viele kritisierten aber auch die Kampagne der Regierung und hatten Zweifel an der kostendämpfenden Wirkung. Knapp 80 Prozent der Befürworter hingegen gaben als Grund für ihre Entscheidung an, «dass endlich etwas vorwärtsgeschieht». Auch die Kontrolle der Leistungserbringer und die Einbremsung des Kostenwachstums sowie die Kampagne von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini waren für rund die Hälfte der Zustimmenden ausschlaggebend. Die Personen, die leer oder ungültig abgestimmt haben, gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten, schlecht informiert waren oder die Vorlage zu komplex gewesen sei. Aufgrund der niedrigen Fallzahl konnten hier jedoch keine statistischen Aussagen getroffen werden.

Zustimmende und Ablehnende

Nach Entscheidungszeitpunkt (in Prozent)



Zustimmung nach Parteilaffinität

Affinität	in Prozent
FBP	78
VU	46
DU	79
FL	34
Keine Neigung	46

Grafik: «Volksblatt»; Symbolfoto: SSI; Quelle: Liechtenstein-Institut

miert waren oder die Vorlage zu komplex gewesen sei. Aufgrund der niedrigen Fallzahl konnten hier jedoch keine statistischen Aussagen getroffen werden.

FBP- und DU-Wähler für die Vorlage

Während demografische Faktoren wie das Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Religiosität oder politisches Interesse keine Auswirkung auf das Abstimmungsverhalten hatten, beeinflusste die Parteilaffinität das Ergebnis signifikant. «Viele Wähler orientierten sich an den Parolen der Parteien», erklärte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts.

«Viele Wähler orientierten sich an den Parolen der Parteien.»

WILFRIED MARXER
DIREKTOR DES
LIECHTENSTEIN-INSTITUTS

«Viele Wähler orientierten sich an der Parole der Partei», erklärte Wil-

fried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, bei einer Pressekonferenz am Mittwoch. Demnach stimmten 78 Prozent der FBP-nahen Bürger und 79 Prozent der DU-Befürworter für die Vorlage. Wähler, die sich mit der Freien Liste identifizieren können, waren dagegen mit 66 Prozent gegen die Reform. Weniger klar war das Ergebnis bei den Wählern der Vaterländischen Union: 54 Prozent lehnten das neue KVG ab, 46 Prozent stimmten dafür. «Die VU hatte sich zwar für die Vorlage ausgesprochen. Da aber einige Mitglieder der Referendumsgruppe aus dem roten Lager stammen, könnte dies für Verunsicherung gesorgt haben», vermutet der Politikwissenschaftler. Wähler ohne Par-

teipräferenz tendierten zu einer Ablehnung der Vorlage.

Viele trafen Entscheidung spät

Anders als bei anderen Abstimmungen wussten nur 38 Prozent der Wähler bereits von Anfang an, wie sie stimmen werden. «Die Entscheidung hat sich im Laufe des Abstimmungskampfes von einem «Nein» zum «Ja» gewandelt», erklärt Marxer (siehe Grafik oben). Waren anfangs nur 46 Prozent für die Vorlage, hätten sich kurz vor der Abstimmung 71 Prozent für die Vorlage entschieden. Schliesslich wurden daraus jedoch nur mehr 53,2 Prozent, wie das Abstimmungsergebnis zeigt. Mauro Pedrazzini hätte sich aber bestimmt über eine so hohe Zustimmung gefreut.

Verschiedene Faktoren

Parteilaffinität ist im Unterland stärker

BENDERN Für Überraschung sorgten im Dezember die unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse zwischen Ober- und Unterland. Das Unterland konnte der KVG-Vorlage mit 58,6 Prozent Jastimmen wesentlich mehr abgewinnen als das Oberland (50,2 Prozent). In Triesen (52,6 Prozent) und Schaan (50,6 Prozent) waren die Gegner der Reform sogar leicht in der Mehrheit. Erste Theorien zu dem liechtensteinischen «Röstigraben» wurden schnell laut. So vermutete etwa VU-Präsident Günther Fritz, dass das Referendumskomitee in Schaan und Triesen besser vernetzt ist. DU-Präsident Harry Quaderer wurde sogar noch etwas deutlicher: Die Ärztedichte sei im Oberland nunmal grösser. «Ich glaube, dass diese im Hintergrund lobbyiert haben, ich kann mir das nur so erklären», mutmasste er damals. Gemäss den Ergebnissen des Liechtenstein-Instituts scheiden soziodemografische Faktoren als Erklärung für das unterschiedliche Stimmverhalten aus – vielmehr sei eine Mischung aus verschiedenen Faktoren ausschlaggebend gewesen. Wie auch die Ergebnisse der Landtagswahlen 2013 zeigen, neigen die Unterländer stärker zum politischen Lager jener Parteien, die die KVG-Vorlage unterstützt haben. Nicht zuletzt aus diesem Grund würden sie auch ein etwas höheres Vertrauen in die Regierung, den Sozialstaat und das Funktionieren der Demokratie aufweisen. «Im Zweifel sind die Stimmbürger der Parole ihrer Partei gefolgt», erklärt Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut. So haben auch nur wenige FBP-Wähler (32 Prozent) sowie DU-Anhänger (21 Prozent) tatsächlich gegen die Vorlage des Gesundheitsministers gestimmt. Wie sich die mehrheitliche Besetzung der Referendumsgruppe «fL21» mit Oberländern auf das Abstimmungsergebnis auswirkte, konnte aufgrund der Umfragedaten «weder bestätigt noch widerlegt werden». (df)

Argumente beider Lager konnten bei den Wählern überzeugen

Kampagnen Beide Seiten konnten im Wahlkampf mit ihren Argumenten zu den Bürgern durchdringen. Vor allem bei jenen, die gegen die Vorlage stimmten, wird dies deutlich.

VON DANIELA FRITZ

Der Abstimmung zum neuen Krankenversicherungsgesetz am 13. Dezember ging ein langer und ereignisreicher Wahlkampf voraus: Nachdem sich zunächst vor allem die Ärztekammer gegen die Vorlage des Gesundheitsministers stellte, wurde es später still um die

Leistungserbringer, dafür schaltete sich die Referendumsgruppe «fL21» ein. Im Juli wurde zudem erstmals ein Wirtschaftlichkeitsverfahren ausjudiziert und ein Arzt zur Rückzahlung von knapp einer Million Franken verurteilt. Anfang September wurde weiters bekannt, dass gegen Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian ebenfalls ein solches Verfahren läuft.

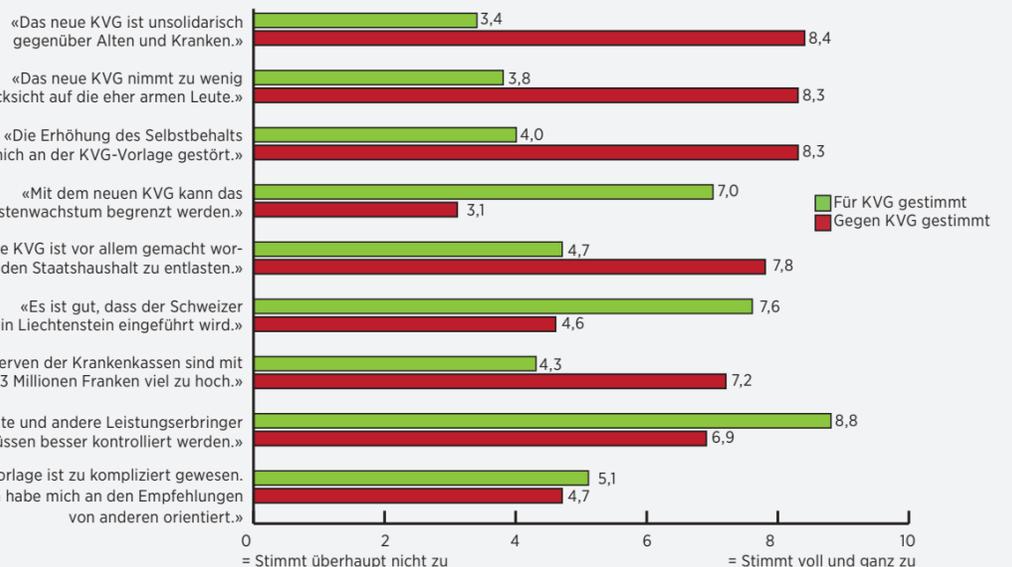
Wähler im «Dilemma»

Es verwundert daher nicht, dass der Ruf von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini nach einer besseren Kontrolle der Leistungserbringer auf beiden Seiten Zustimmung fand.

Wenn auch die Wähler, die für die Vorlage stimmten, noch klarer für eine solche Kontrolle plädierten. Das Argument von «fL21», dass durch das neue Gesetz das Kostenwachstum nicht eingedämmt werden könne,

Argumententest von Gegnern und Befürwortern

Einstellungen zu den Aussagen des Abstimmungskampfes (Mittelwert)



Grafik: «Volksblatt»; Quelle: Liechtenstein-Institut

fand vor allem bei den Wählern, die gegen die Vorlage stimmten, Anklang. Dagegen waren die Zustimmenden eher davon überzeugt, dass die Kosten nicht weiter steigen. Dass die Vorlage unsolidarisch sei, ist bei den ablehnenden Stimmbürgern ebenfalls auf sehr fruchtbaren Boden gestossen, fast 60 Prozent stimmten dem zu. Die Befürworter der Vorlage stimmten dieser Aussage zwar mehrheitlich nicht zu, allerdings nicht in dieser Deutlichkeit.

Ähnlich verhielt es sich mit den Aussagen, dass das neue KVG nur der Entlastung des Staatshaushalts diene sowie dass die Erhöhung des Selbstbehalts als störend empfunden wurde. Ein gemischtes Bild zeigte sich auch bei der Einführung des Tarmeds, welche die Zustimmenden tendenziell befürworteten. Hier standen auch jene Wähler, welche die Vorlage abgelehnt haben, dem Schweizer Tarifsysteem grundsätzlich nicht negativ gegenüber.

Wilfried Marxer, Leiter des Liechtenstein-Instituts, spricht von einem «Dilemma» der Wähler zwischen Pro- und Kontraargumenten. Zwar drangen beide Lager gut zu den Stimmbürgern durch, vor allem aber Nichtwähler waren unentschieden. «Das könnte auch ein Grund sein, warum sie gar nicht erst zur Abstimmung gingen», erklärt Marxer.

Die gesamte Studie finden Sie zum Download auf www.liechtenstein-institut.li.



Wilfried Marxer, Leiter des Liechtenstein-Instituts, erklärt das Abstimmungsverhalten. (Foto: M. Zanghellini)